



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/73 - 27.3.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 098 890

Hinweise auf den Inhalt:

Zur Diskussion um die Wehrpflicht	S. 1
Österreich und Südtirol	S. 4
SPD im Spiegel der Meinungsforschung	S. 6
Bloßgestellte Finanzierungsmethoden	S. 8

Ist die Wehrpflicht noch modern?

In ihrer Osterausgabe veröffentlicht die "Welt der Arbeit" ein Interview mit dem zweiten Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Mellies, über die Frage: Freiwilligen-Armee oder Wehrpflicht, die immer mehr in den Vordergrund der innerpolitischen Diskussion rückt. Eine endgültige Stellungnahme wird die SPD auf dem kommenden Parteitag in Würzburg beziehen. Im nachfolgenden die wesentlichsten Teile des Interviews:

Frage: Zur Zeit steht die Frage zur Diskussion, ob in der Bundesrepublik die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden soll, oder ob man nicht besser mit einem Berufsteuer der beschlossenen Wehrgesetzten gerecht wird. Welche Stellungnahme hat die Sozialdemokratische Partei in dieser Frage bezogen?

Antwort: Darf ich der Antwort auf diese Frage eine Bemerkung vorausschicken? Es wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen, zeitig genug eine genaue Prüfung dieser Frage vorzunehmen und dem Parlament entsprechende Vorschläge zu machen. Aber genau so, wie sie es nicht für notwendig hielt, in der Ergänzung des Grundgesetzes von sich aus Vorschläge zu machen, so hat sie auch jetzt offenbar ohne jede Prüfung dem Bundestag nur das Wehrpflichtgesetz vorgelegt. Erst nachdem die Diskussion in der Öffentlichkeit immer stärker wurde, sah sie sich verpflichtet mitzuteilen, dass vom Bundesverteidigungsministerium eine Denkschrift über die Frage ausgearbeitet wurde. Ein solches Versagen der Bundesregierung in lebenswichtigen Fragen der Nation ist einfach unentschuldbar.

Auf ihrer letzten Tagung haben Parteivorstand und Parteiausschuss

das Wehrpflichtgesetz bereits abgelehnt. Auch dieses Gesetz ist ein Folgegesetz der Pariser Verträge, die - wie Sie wissen - von uns hartnäckig bekämpft und im Parlament eindeutig abgelehnt wurden.

Unabhängig von dieser Stellungnahme muss natürlich von uns die Frage der Wehrpflicht oder Freiwilligen-Armee sehr ernst geprüft werden. Der Parteivorstand hat zunächst den Sicherheitsausschuss der Partei beauftragt, diese Frage zu prüfen. Am letzten Wochenende hat eine ganztägige Sitzung dieses Ausschusses stattgefunden. Es ist aber noch zu keiner Empfehlung an die leitenden Parteikörperschaften gekommen. Zeitungsmeldungen, die das Gegenteil besagen, beruhen auf einem Irrtum. Die Beratungen werden in einer Sitzung am 11. April beendet werden, und dann wird der Ausschuss seine Empfehlungen formulieren.

Frage: Welche hauptsächlichsten Gründe haben die SPD dazu geführt, das Wehrpflichtgesetz abzulehnen?

Antwort: In meiner Antwort auf Ihre erste Frage habe ich schon darauf hingewiesen, dass wir das Wehrpflichtgesetz als Folgegesetz der Pariser Verträge ablehnen. Wir haben diese Verträge ja deshalb so hartnäckig bekämpft, weil wir voraussahen, dass durch die Aufstellung von militärischen Einheiten in beiden Teilen Deutschlands die Teilung unseres Vaterlandes weiter vertieft würde. In der Sowjetzone hat man seit 1948 eine Zug-um-Zug-Politik betrieben. Nach der westdeutschen Währungsreform folgte die Währungsreform in der Sowjetzone; der Einbeziehung der Bundesrepublik in NATO folgte die Einbeziehung der Sowjetzone in den Warschauer Pakt. Es ist damit zu rechnen, dass nach der Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik auch die Einführung der Wehrpflicht in der sogenannten DDR folgen würde. Zum Schluss darf ich dann noch auf die ungeheure Tragik hinweisen, die darin besteht, dass sich dann demnächst die Söhne dieses Volkes bewaffnet gegenüberstehen.

Bei der Stellungnahme zu dieser Frage muss man auch die internationale Situation berücksichtigen. Auf der Londoner Abrüstungskonferenz ist man offenbar bemüht, in der Frage der Rüstungsbegrenzung zu einer Vereinbarung zu gelangen. Es wäre doch geradezu töricht, in diesem Augenblick ein Wehrpflichtgesetz in der Bundesrepublik zu verabschieden, weil niemand voraussehen kann, welche Begrenzungen auf dieser Konferenz für Deutschland vereinbart werden.

Endlich kann man ja auch nicht an der strategischen Situation -3-

vorbeigehen, wie sie sich im Atom-Zeitalter ergibt. Hier ist die Frage sehr ernst zu erörtern, ob es noch zweckmässig ist, Massenheere aufzustellen.

Frage: Es wird vielfach die Meinung geäussert, dass ein Berufsheer undemokratisch ist, während nur die allgemeine Wehrpflicht eine allgemeine Verteilung der dem Staatsbürger auferlegten Pflichten bewirkt.

Antwort: Bei der Beantwortung dieser Frage muss man zunächst berücksichtigen, dass heute überall in der Welt eine verhältnismässig grosse Zahl von länger-dienenden Soldaten erforderlich ist. Das ergibt sich aus der ungeheuren technischen Entwicklung. Wenn die Bedienung dieses technischen Apparates funktionieren soll, genügt für eine grosse Zahl von Soldaten nicht die Ausbildung von 12 oder 18 Monaten. So ist man sich bereits darüber klar, dass bei der Marine 95 %, bei der Luftwaffe 80 % und beim Heer 37 % längerdienende Soldaten vorhanden sein müssen. Das bedeutet, dass bei Aufstellung einer Bundeswehr von 500 000 Mann rund 250 000 Mann längerdienende Soldaten vorhanden sein müssen. Wenn man also Sorgen wegen einer undemokratischen Entwicklung hat, werden sie bei der allgemeinen Wehrpflicht nicht sehr viel geringer sein.

Es kommt entscheidend darauf an, dass wir durch eine demokratische Gesetzgebung und durch eine starke parlamentarische Kontrolle für den demokratischen Geist in den Streitkräften sorgen. Gerade deshalb haben wir ja die Erörterung: Allgemeine Wehrpflicht oder Freiwilligenheer bis nach der Ergänzung des Grundgesetzes zurückgestellt. Es bestand sonst die Gefahr, dass bei einer Entscheidung für ein Freiwilligenheer die Grundgesetzänderung keine Mehrheit im Parlament gefunden hätte. Aber gerade beim Freiwilligenheer sind diese Ergänzungen des Grundgesetzes, die ja vorgekommen sind, um die Demokratie zu schützen und dem zukünftigen Soldaten die Menschenrechte zu sichern, ganz besonders notwendig.

Ausserdem darf man bei der Erörterung dieser Frage nicht übersehen, dass an der Entwicklung vor 1933 nicht die Reichswehr allein schuldig war, sondern dass die zivilen Kräfte sich ein solches Verhalten gefallen liessen, ohne die notwendigen Massnahmen zu treffen. Entscheidend dafür, ob die Streitkräfte sich in den Rahmen der parlamentarischen Demokratie

einfügen, ist die Stärke des Parlaments und die der Regierung, die aus diesem Parlament gebildet wird.

Frage: Halten Sie durch eine allgemeine Wehrpflicht die wirtschaftliche Stabilität für belastet, weil der Volkswirtschaft gerade die voll arbeitsfähigen Kräfte entzogen würden? Wäre zudem der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik so überlastet, dass bestimmte Forderungen der Arbeitnehmer, wie die allgemeine Einführung der 4c-Stunden-Woche, nicht mehr erfüllt werden könnten?

Antwort: Wenn durch die allgemeine Wehrpflicht der Wirtschaft die Arbeitskräfte entzogen werden, kann und wird das nicht ohne ernste Folgen bleiben. Gerade unter diesem Gesichtspunkt hätte die Frage ja von der Bundesregierung besonders geprüft werden müssen. Eine gesunde sozialpolitische Entwicklung wird dadurch sicher erschwert werden.

Andererseits würde der Wirtschaft sehr geholfen werden, wenn man sich bei einer Bundeswehr auf der Freiwilligenbasis dazu entschliessen könnte, die Freiwilligen während der Dienstzeit nicht als Soldaten, sondern auch als Mechaniker und Techniker in hervorragendem Masse auszubilden. Beide Aufgaben lassen sich gut miteinander verbinden, und bei der Werbung von Freiwilligen würde gerade dann ein besonderer Anreiz gegeben sein. Man darf ja bei einem Berufsheer auf Freiwilligenbasis nicht von der früheren 12-jährigen Dienstzeit ausgehen, sondern der grösste Teil der Freiwilligen würde sich auf 4 oder 6 Jahre verpflichten müssen.

* * *

Mahnung an Figl: "Genug, Herr Aussenminister!"

K.F., Wien

Seit dem 28. Februar gibt es in Österreich nur noch eine geschäftsführende Regierung. Wie die künftige Regierung nach den Wahlen vom 13. Mai aussehen wird, kann noch niemand sagen, doch ist sicher, dass sie anders aussehen wird und so gut wie ebenso sicher, dass ihr der jetzige Aussenminister und einstige Bundeskanzler Ing. Leopold Figl nicht mehr angehören wird. Umso tragischer mag es ihm selbst erscheinen, dass sein letztes politisches Auftreten als Aussenminister geradezu einen Skandal heraufbeschworen hat, der innerhalb der Österreichischen Volkspartei zu heftigen Auseinandersetzungen führte und den heterogenen Charakter

dieser Partei wieder einmal recht deutlich werden liess.

Vor kurzem war Aussenminister Figl nach Rom gereist, um Papst Pius XII. zum 80. Geburtstag die Glückwünsche der österreichischen Katholiken zu überbringen. Am 14. März hielt er in Rom vor der "Italienischen Gesellschaft für internationale Organisation" einen Vortrag über "Die Stellung Österreichs in Europa". Er kam auch auf das Problem Südtirol zu sprechen und gab dabei die etwas ungeschickte Erklärung ab, die Meinungsverschiedenheiten bezüglich Südtirols seien "unendlich geringfügig gegenüber dem, was beide Staaten eint". Als Minister einer nur mehr geschäftsführenden Regierung hätte er sich eine solche Erklärung wohl überhaupt ersparen können, jedenfalls löste sie in einem Teil der österreichischen Bevölkerung, vor allem in Tirol, lebhafte Empörung aus. Im Tiroler Parteiorgan der ÖVP erschien ein Brandartikel gegen den Minister aus der Feder des Tiroler Landesparteiobmannes Nationalrat Dr. Aloys Oberhammer unter dem Titel "Genug, Herr Aussenminister!" In den folgenden Tagen bemühten sich das Aussenamt und die ÖVP-Parteizentrale in Wien, alles nur als ein "Missverständnis" hinzustellen.

Schikanen jeder Art

Was nun Südtirol betrifft, so handelt es sich durchaus nicht bloss um "unendlich geringfügige Meinungsverschiedenheiten", sondern schlichtweg um einen Vertragsbruch der bürgerlichen italienischen Regierung. Der Pariser Vertrag vom 6. September 1946 verpflichtete Italien, den deutschsprachigen Südtirolern ihre Autonomie und eine Reihe von Rechten zu gewähren, die ihr Volkstum schützen und bewahren sollen. Stattdessen wird das Deutschtum unterdrückt und vertrieben.

Entgegen dem Vertrag wurde Südtirol mit der Provinz Trentino zu einer Region vereint, in der die Italiener die Mehrheit haben. Durch Verweigerung von Arbeitsplätzen werden Südtiroler zur Auswanderung gezwungen. Viele haben bereits im Ruhrgebiet Arbeitsplätze gefunden. Gleichzeitig erfolgt eine ständige italienische Unterwanderung. Sizilianer und Kalabrinosen strömen in Massen herbei und bilden ein immer stärker werdendes kommunistisches Element. Staatliche Wohnungen werden in erster Linie an Italiener vergeben, der Beamtenstab ist fast zur Gänze italienisch, der Grundsatz der Zweisprachigkeit wird völlig missachtet, es ist sogar verboten, den Kindern deutsche Taufnamen zu geben, und die Südtiroler Kriegsverehrten, Kriegerwitwen und Kriegerwaisen leben

in bitterster Not, weil sie bis heute - elf Jahre nach Kriegsende - noch immer keine Renten bekommen, Selbst die Auszahlung von Rentenvorschüssen wurde vom Rechnungshof in Rom strikt untersagt. Kürzlich wurden zwei Südtiroler Bauernburschen zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie in einer Maueranschrift eine Volksabstimmung verlangt haben, und eine achtzigjährige Witwe wurde mit ihrer Tochter zu einer schweren Geldstrafe verurteilt, weil sie ihre Jalousien in Rot-Weiss angestrichen hatte.

Entgegen einer feierlichen Verpflichtung setzt die italienische Regierung das fort, was Mussolini begonnen und in einer Rede am 6. Februar 1926 als eine "Staatsaufgabe" bezeichnet hatte, nämlich die Italianisierung Südtirols. Südtirol gehörte bis zum 10. Oktober 1920 zu Österreich und wurde auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain Italien als Belohnung für die Teilnahme am Krieg gegen die Mittelmächte zugesprochen. Am 21. Oktober 1939 folgte ein deutsch-italienisches Abkommen, in welchem Hitler das deutsche Südtirol an das faschistische Italien preisgab und eine Umsiedlungsaktion einleitete, die allerdings nicht abgeschlossen wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg bemühte sich Österreich vergeblich, Südtirol zurückzubekommen. Es konnte nur der erwähnte Pariser Vertrag zustande gebracht werden, der als Annex IV ein Bestandteil des italienischen Friedensvertrages vom 10. Februar 1947 ist, von Italien jedoch niemals eingehalten wurde. In Südtirol leben gegenwärtig rund 230 000 Deutschsprachige, die sich von Österreich Schutz und Unterstützung erwarten. Man kann sich denken, wie auf sie jene Erklärung Figis in Rom gewirkt hat.

* * *

Stärkepositionen der SPD

Die Meinungsbefragung hat sich in Wirtschaft und Politik weitgehend durchgesetzt. Zweifel, die bleiben, berühren nicht das Prinzip. Die Methoden werden immer systematischer, die Analysen damit zuverlässiger.

Eines der grossen Institute für Meinungsforschung (EKWID) stellt

seit mehr als vier Jahren laufend monatlich die Frage, welche Partei dem Befragten am sympathisch^{sten} sei. Ohne auf Einzelfeststellungen in Hundertsätzen einzugehen, was in diesem Rahmen zu weit führen würde, ergibt sich aus den Antworten folgendes Gesamtbild über den genannten Zeitraum hinweg:

- 1.) Die SPD hat mehr Männer-Stimmen auf sich vereint, als die Unionsparteien CDU/CSU.
- 2.) Sowohl in der Hauptgruppe der männlichen Bevölkerung von 30 - 50 Jahren, die für die politische Meinungsbildung und Entscheidung so wichtig sind, wie in den Altersgruppen von 16 - 30 Jahren, gibt es mehr männliche Wähler für die SPD als für die Unionsparteien. Das heisst, dass ganz besonders in den Altersschichten bis 50 Jahren die Zahl der sozialdemokratisch Sympathisierenden bei den Männern erheblich stärker ist als in den gleichen Gruppen für die CDU/CSU.
- 3.) Mehr Protestanten, und zwar Männer und Frauen, entscheiden sich für die SPD, als für die Unionsparteien CDU/CSU. Insbesondere sehen mehr protestantische Männer in der SPD ihre politische Heimat, als in CDU/CSU, FDP und BHE zusammengekommen. Die SPD ist im stärkeren Masse politische Vertrauensbasis für die Protestanten als die CDU/CSU.
- 4.) Die SPD vereint auf sich mehr Stimmen von (männlichen) Arbeitern, als alle anderen Parteien zusammengekommen.
- 5.) Mehr Arbeiterinnen und Frauen von Arbeitern entscheiden sich für die SPD als für die Unionsparteien CDU/CSU.
- 6.) Dass die Sozialdemokratische Partei nicht nur als die Vertretung der Interessen der Arbeiter betrachtet wird, sondern darüber hinaus auch noch für viele andere Schichten der Bevölkerung als die für sie sympathischste Partei gilt, ergibt sich daraus, dass die SPD in der Gunst der Wähler an 2. Stelle vor FDP, BHE und den anderen Parteien bei folgenden Gruppen steht:

Frauen aller Altersklassen,
katholische Männer und Frauen,
weibliche Angestellte,
männliche und weibliche Beamte,
männliche und weibliche Rentner.

* * *

Zumindest "indirekte Nötigung"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die CDU ist tiefinnerlich expört, weil der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Arndt auf gewisse trübe Versuche hinwies, Düsseldorfer FDP-Abgeordnete durch Lockungen und Drohungen zur Illoyalität gegenüber ihrer Fraktion und zur Stimmabgabe für die Regierung Arnold zu veranlassen. Der ehemalige CDU-Innenminister von NRW, Dr. Meyers, bekannt für seinen Schiessbefehl an die Polizei während der bürgerkriegsähnlichen Treibjagd auf nebulose, nie entdeckte "Autobahnräuber" im November 1954, hat gegen Dr. Arndt Strafantrag gestellt.

Dazu wird jetzt aus offiziellen Äusserungen von Mitgliedern des FDP-Landesvorstandes bekannt, dass von Wirtschaftskreisen gespickte "Fördergesellschaften" der nordrhein-westfälischen FDP die Einstellung aller Zuschüsse für den Fall angedroht hatten, dass sie gegen Arnold stimmen würde. In diesem Zusammenhang werden Summen von monatlich etwa 40 000.-- DM genannt, die von dem FDP-Sprecher auf einer Pressekonferenz weder bestätigt noch dementiert wurden. Er bestätigte jedoch ausdrücklich dass die Zahlungen wegen der Regierungsumbildung in NRW eingestellt wurden und dass es sich um sehr namhafte Summen gehandelt hat. In diesem Zusammenhang war ferner davon die Rede, dass zumindest moralisch damit der Tatbestand der "indirekten Nötigung" gegeben ist. Bis zu welchen albernsten Formen der Schikane das Entsetzen über den Sturz der CDU-Regierung dabei in den mittleren und unteren Ebenen sich verstieg, konnte der neue Finanzminister Weyer feststellen, als er sein Büro im Ministerium trat. Über Nacht waren nämlich nicht nur die Blumenanordnungen, sondern auch Möbelstücke entfernt, so dass Weyer in den ersten Tagen in einer etwas kahlen und schäbigen Umgebung zu regieren hatte.

In diesem Punkt ist die Ordnung inzwischen wieder hergestellt, aber über die erwähnten Fördergesellschaften wird noch manches Wort zu sagen sein. Denn die Erinnerung an jene Zeiten ist noch allzu frisch, als die gleichen Kreise einen anderen Mann ebenfalls mit dem Auftrag unterstützten, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften auszuschalten. Zwar waren Hitlers Methoden anders als die der heutigen CDU und ihres Kanzlers. Aber das Prinzip mit dem direkten Einsatz von Geldmitteln Politik zu machen, mit anderen Worten, das Prinzip der Korruption, ist im Grunde das gleiche. Gerade diese Geldgeber beweisen die Notwendigkeit besonders überzeugend, sich über den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu dunklen politischen Zwecken Gedanken zu machen und auf Abhilfe zu sinnen. Die Bundestagsfraktion der FDP bereitet in diesem Zusammenhang eine neue Initiative zur Kontrolle der Finanzgebahrung der Parteien vor.

* * *

Verantwortlich : Peter Raunau